

Unabhängige Patientenberatung bleibt ein Zankapfel

Betreiber müssen sich vor dem Gesundheitsausschuss rechtfertigen

Über die Kritik an der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) berichteten wir bereits mehrfach im BZB. Nun befasste sich erneut der Gesundheitsausschuss des Bundestages mit der Qualität der Beratung und der Vergabepaxis an einen privaten Betreiber. Medienberichten zufolge gelang es den Betreibern der UPD nicht, die Vorwürfe zu entkräften.

Zum Hintergrund: Bis 2015 war die Patientenberatung in den Händen einer gemeinnützigen GmbH, zu deren Gesellschaftern der Sozialverband VdK, die Verbraucherzentrale Bundesverband und der Verbund unabhängige Patientenberatung e. V. gehörten. Im Rahmen des Vergabeverfahrens erhielt damals überraschend die Sanvartis GmbH den Zuschlag für den Vertrag mit einer Laufzeit von sieben Jahren. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen pro Jahr neun Millionen Euro für die UPD zur Verfügung stellen. Sanvartis versprach damals, die Zahl der Beratungen von rund 80 000 auf über 200 000 pro Jahr zu erhöhen. Auch deshalb erteilte der damalige Patientenbeauftragte Karl-Josef Laumann Sanvartis den Zuschlag für den Millionenauftrag. Kritiker äußerten Zweifel an der Unabhängigkeit und der Kompetenz der Beratung. Sie sehen sich nun bestätigt.

„Eklatante Qualitätsmängel“

Vor dem Gesundheitsausschuss mussten nun UPD-Geschäftsführer Thorsten Krummwiede, der zuständige Vorstand des GKV-Spitzenverbandes, Gernot Kiefer, und die beauftragte Auditorin Gabriele Feller Mayer Bericht erstatten. Erwartungsgemäß zogen die drei eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit der UPD. Wie das „Deutsche Ärzteblatt“ berichtet, versicherte Krummwiede, dass die monierten Fehler behoben worden seien. Auch die Auditorin habe keine Verstöße bei der Neutralität oder Unabhängigkeit der Beratung festgestellt. Ganz anders fiel das Urteil des Gesundheitsexperten Prof. Dr. Raimund Geene aus. Nach Darstellung

des parlamentarischen Mitteilungsdienstes „Heute im Bundestag“ äußerte er als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der UPD scharfe Kritik. Es gebe eklatante Qualitätsmängel, einen Einbruch bei der Regionalität und eine hohe Diskontinuität des Angebots. Dabei bezog er sich auf falsche Aussagen über Vorsorge- oder IGeL-Leistungen, die vor einiger Zeit auf der Homepage der UPD zu finden waren.

Auch seitens einiger Abgeordneter gibt es Kritik an der UPD. So forderte das Ausschussmitglied Martina Stamm-Fibich (SPD) im Vorfeld der Sitzung eine lückenlose Aufklärung der Ungereimtheiten bei der UPD. „Alle Zweifel an der Unabhängigkeit der UPD und der Qualität ihrer Beratung müssen ausgeräumt werden“, erklärte sie in einer Mitteilung. Dabei gehe es vor allem um die Soft- und Hardwarekosten, die

nach der Neuvergabe an das Unternehmen Sanvartis „explodiert“ seien. Sie forderte, dass die Ausgaben genau geprüft werden müssen. „Fragwürdige Geschäftspraktiken mit Versicherungsgeldern müssen wir ausschließen“, so Stamm-Fibich.



Unabhängige Patientenberatung Deutschland | UPD

„Kein Handlungsbedarf“

Laut aerzteblatt.de sieht die neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Schmidtke (CDU), offenbar zunächst keinen Handlungsbedarf und forderte die Kritiker auf, die UPD „in Ruhe arbeiten zu lassen“. Sie sehe keine Hinweise darauf, dass die Unabhängigkeit und Neutralität der Beratung nicht gewährleistet wären. Anlässlich ihres ersten Besuchs bei der Beratungszentrale in Berlin sagte sie: „Bei aller Aufregung der vergangenen Monate ist mir insbesondere wichtig, den engagierten Beraterinnen und Beratern für ihren Einsatz zu danken. Die sehr guten Gespräche bestärken mich in meiner Überzeugung, dass wir die ganz konkreten Fragen, Sorgen und Nöte der Patientinnen und Patienten in unserem komplexen und manchmal auch schwer verständlichen Gesundheitssystem nie aus dem Blick verlieren dürfen.“